Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags —6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 17,159.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 54. Donnerstag den 23. Februar 1882. 76. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Wiesenverpachtung.

Die der Stadtgemeinde und bez. dem Johannishospitale gehörigen **Wiesen**

in der Flur Leipzig:

1. 3 Acker 107 □R. = 1 Hectar 85,73 Ar **vormals Regel'sche Wiese,** Parcelle Nr. 2476 des Flurbuchs, am Dösener Weg,
2. 5 Acker 280 □R. = 3 Hectar 28,36 Ar **Abtheil. K der heiligen Wiesen,** am linken Ufer des Pleißenflußbettes einschließlich des Flußvorlandes und der Dammböschungen aufwärts durch den Rennewald bis zur Einmündung der Pauznigflußrinne,
3. 2 Acker 112 □R. = 1 Hectar 31,35 Ar **Abtheil. A der Rosenthalwiese,** einschließlich 207 □R = 38,19 Ar Waldalleen,
4. 8 Acker 202 □R. = 4 Hectar 80 Ar **Abtheil. G derselben,** einschließlich 3 Acker 93 □R. = 1 Hectar 83,18 Ar Waldalleen,
5. 247 □R. = 45,57 Ar **Parthenwiese** Parcelle Nr. 2781 des Flurbuchs,
6. 4 Acker 273 □R. = 2 Hectar 71,73 Ar **Abtheil. 1 der alten Pfingstwiesen,** einschließlich der Flußrinne,

in der Flur Gohlis:

7. 3 Acker 179 □R. = 1 Hectar 99 Ar **Bauerwiese,** Parcelle Nr 453 des alten / Nr. 495 des neuen Flurbuchs, bei Möckern zu beiden Seiten der verlegten Thüringischen Eisenbahn,

sollen bez. anderweit **zur Verpachtung** und zwar die unter **Nr. 1—4** auf die **neun Jahre** 1882 bis mit 1890, die unter **Nr. 5** auf die **zehn Jahre** 1882 bis mit 1891, die unter **Nr. 6—7** auf die **zwölf Jahre** 1882 bis mit 1893

Dienstag, den 28. dies. Mon.
von Vormittags 11 Uhr an
im Saale der Alten Waage, Katharinenstraße Nr. 29, 2. Etage, **versteigert** werden.

Der Versteigerungstermin wird pünctlich zur angegebenen Stunde eröffnet und die Versteigerung bezügl. einer Jeden der in obiger Reihenfolge zur Verpachtung aufzubietenden Wiesen geschlossen werden, wenn darauf nach dreimaligem Ausrufe kein weiteres Gebot mehr erfolgt.

Die Verpachtungs- und Versteigerungsbedingungen, sowie die betr. Situationspläne liegen **in der Expedition unserer Oekonomie-Inspection** im Alten Johannishospitale, Hospitalstraße Nr. 2b, zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 18. Februar 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Trändlin. Gerutti.

Vermiethung in der Fleischhalle am Plauen'schen Platze.

Die **zum 28. ds. Mts. miethfrei** werdende **Abtheilung Nr. 23** der **obigen Fleischhalle** soll von da ab **gegen einmonatliche Kündigung**

Sonnabend, den 25. ds. Mts.,
Vormittags 11 Uhr

auf dem Rathhause, 1. Etage, Zimmer Nr. 17, im Versteigerungswege **anderweit** an den **Meistbietenden** vermiethet werden.

Die Vermiethungs- und Versteigerungsbedingungen liegen ebendaselbst auf dem großen Saale schon vor dem Termine zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 13. Februar 1882.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr Trändlin. Stötz.

Es wird der Gemeinde hierdurch bekannt gemacht, daß mit Genehmigung der Kirchen-Inspection und des Kirchenvorstandes während der Fastenzeit **jeden Freitag, Abends 7 Uhr, Passionsgottesdienst** mit nachfolgender Beichte und heil. Abendmahl in der **Matthäikirche** wird gehalten werden. Das Nähere ist aus dem wöchentlichen Kirchenzettel in den öffentlichen Blättern zu ersehen.

Leipzig, den 20. Februar 1882.

Das Pfarramt zu St. Matthäi.
D. Ebert.

Submission.

Bei dem unterzeichneten **Proviant-Amte** soll der **Bedarf an Fuhren** für die Zeit **vom 1. April 1882 bis 31. März 1883** im Wege öffentlicher Submission vergeben werden.

Bewerber wollen ihre Offerten bis **Freitag, den 3. März d. J. Vormittags 10 Uhr** im Bureau des Proviant-Amtes (Schloß Pleißenburg) versiegelt und mit der Aufschrift: **„Offerte auf Fuhrengestellung"** versehen, portofrei einsenden.

Die näheren Bedingungen liegen im genannten Bureau zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, am 19. Februar 1882.

Königliches Proviant-Amt.

Nichtamtlicher Theil.

Der Deutsche Schulverein im ungarischen Abgeordnetenhause.

Der ungarische Ministerpräsident v. Tisza hat am 20. d. im ungarischen Abgeordnetenhause die jüngst gemeldete Interpellation des Abgeordneten Otto Hermann bezüglich der angeblich „landesverrätherischen Umtriebe und Aufreizungen des Deutschen Schulvereins im ungarischen Staate" ausführlich beantwortet. Die Antwort des Ministerpräsidenten lautet:

„Der Herr Interpellant fragt, ob die Regierung, wenn sie von den Agitationen des „Deutschen Schulvereins" keine Kenntniß hat, sich solche im amtlichen Wege beschaffen, demgemäß vorgehen und alsdann dem Hause Bericht erstatten wolle. Es ist wohl überflüssig zu bejahen, daß die Regierung Kenntniß von jenen Agitationen besitzt, da diese offen im Wege von Druckschriften erfolgen. Eine amtliche Kenntniß davon hat die Regierung nicht, weil jene Agitation keine amtliche Handlung, keine Regierungs-Action ist, sondern lediglich auf privatem, gesellschaftlichem Gebiete vor sich geht, weshalb ich mir darüber keine officielle Kenntnißnahme verschaffen konnte. Ueber solche Dinge, welche auf gesellschaftlichem Wege geschehen, meinerseits eine amtliche Mittheilung zu geben, wäre nach meiner Ansicht nicht correct und würde ich mich dazu auch nicht verpflichtet fühlen, weil dies den Schein einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates hervorrufen könnte. Nachdem im vorliegenden Falle festgestellt, daß wir nicht einer Action der Regierung gegenüberstehen (die deutsche Regierung kennt ja weit besser den wahren Stand der Dinge, als daß sie eine derartige Agitation ihrerseits billigen würde), so erkläre ich hiermit, was Dem gegenüber die Aufgabe der Regierung und des geehrten Hauses ist. Die erste und Hauptaufgabe besteht vor Allem darin, den Weg zu verfolgen, welchen die ungarische Politik in anderen ähnlichen Fällen eingeschlagen hat, d. i.: sich nicht stören zu lassen, Das zu thun, wozu jeder Staat auf seinem Gebiete bezüglich seiner inneren Angelegenheiten das unbestreitbare Recht besitzt. Wir müssen also trachten, daß Ungarn gegenüber allen Nationalitäten dieses Landes jene Gesetze schaffe, welche gleichmäßig in Bezug auf alle Bürger vom Standpuncte des Staatslebens geboten scheinen. Andererseits darf man sich durch keinerlei Herausforderung von dem richtigen Wege abdrängen lassen, auf dem alle Nationalitäten fremder Zunge ihre Eigenart in unserem Staatsleben bewahren können, ein Weg, auf dem sie unsererseits gern gesehen werden. (?) Unsere zweite Aufgabe besteht darin, Diejenigen aufzuklären, die bedauernswerther Weise eine gewisse Fraction mit Gewalt und mit einer, einer besseren Sache würdigen Ausdauer auf Abwege zu leiten trachten. Die Aufklärung darf nicht in einem der Animosität ähnlichen Tone, durch Polemik, sondern durch die Darlegung der Unwahrheit der mit den Verhältniß im Widerspruch stehenden Thatsachen erfolgen. Ich bin überzeugt, daß, wenn wir Alle unsere Pflicht erfüllen, wir das Ziel erreichen und die leider heute Irregeführten, unter denen sich auch einzelne vortreffliche Männer befinden, sich schließlich von Jenen abwenden werden, die sie durch allerlei Behauptungen täuschten. Es ist dies ja nicht der erste Fall, daß aus derselben Quelle gegen Ungarn falsche Gerüchte verbreitet werden und man in die mit uns sympathisirende große deutsche Nation den Keim des Hasses zu legen beabsichtigt. Seit 1867 kamen drei derartige Fälle vor und warum führten diese zu keinem Erfolge? Nach meiner Ueberzeugung deshalb nicht, weil die ungarische Regierung auf jenem Wege wandelte, den ich selber bezeichnete. Sie ließ sich nämlich weder einschüchtern, noch zu extremen Maßregeln hinreißen. Ich bemerke hier, daß gerade Jene der Agitation unbewußt hilfreiche Hand leisten, die vergessen, daß sie ein Vorgehen gutheißen, das mit der von mir vorgezeichneten Politik im Widerspruche steht und hier zu Lande wohl kein Echo findet. (?) Wir haben solche Freunde, welche die Sache so darstellen möchten, als wäre sie der Ausdruck nicht eines einzelnen Menschen oder einer Gruppe, sondern der des allgemeinen Nationalgefühles. Die Pflicht der Regierung und Aller, die nicht zur Regierung gehören, ist es, in möglichst weiten Kreisen die Unwahrheit der aufgestellten gehässigen Behauptungen darzulegen. Dies vorausschickend, bemerke ich, daß meine jüngst geäußerte Prophezeiung in Erfüllung gegangen, daß hier nämlich von keinem Preßbureau und Dispositionsfonds die Rede sein könne. Man sorgte dennoch dafür, mir zuzumuthen, als hätte ich auf diesem Wege die Sache gut machen wollen. Ich bemerke aber, daß dies nicht auf diese Weise geschieht, dazu giebt es eine ganz unabhängige Art des Vorgehens: einerseits auf dem Wege der Oeffentlichkeit, andererseits im Wege der Regierungs-Organe und auf Grund des freundschaftlichen Verhältnisses zu anderen Staaten. Ich betone dies wiederholt, weil ich es nochmals bekanntgeben möchte, daß Alles, was geschieht, sich nur auf private Wirksamkeit beschränkt. Möglich daß es auch dort Leute giebt, welche die jüngste Aeußerung meines Freundes Jokai, die Regierungen seien nicht die Chauvinisten, welche die Völker in den Krieg hetzen, sondern die Völker selbst, damit rechtfertigen wollten, daß sie es sich zur Aufgabe machten, das gute Verhältniß zwischen den Regierungen der österreichisch-ungarischen Monarchie und des mächtigen Deutschland zu lockern. Aber ich bin auch überzeugt, daß dieses Vergehen weder auf uns noch auf jenen großen Mann einen Eindruck machen werde, dessen Freundschaft uns, wie ich glaube, unter den heutigen Verhältnissen nicht ganz gleichgiltig sein kann. Wir werden diese Aufgabe erfüllen und uns durch keinerlei von innen nach außen verbreiteten Lärm darin stören lassen, daß wir Dasjenige fordern, was jeder Staat von allen seinen Unterthanen fordert. Wir werden uns ferner durch keinerlei Herausforderung dazu bewegen lassen, die von der ungarischen Politik stets eingehaltene Grenze zu überschreiten. Weil wir dies thun werden, so halte ich es nicht für nothwendig, daß die Regierung von den gemachten Schritten Bericht erstatte, denn der Bericht über unsere Schritte äußert sich in jenen Thaten, in welchen wir dasjenige, was dem ungarischen Staate gehört, fordern werden, ungeachtet aller Alarmrufe. Darüber werden wir aber keineswegs in den Fehler verfallen, daß wir irgend einen Bürger unseres Landes wegen seiner Sprache oder Nationalität verfolgen. So wie die ungarische Politik bisher in diesen Fehler nicht verfallen ist (?), so wird dies auch unsererseits nicht geschehen."

Abgeordneter Hermann erwidert, daß er die Antwort des Ministers zur Kenntniß nehme und dessen Ausführungen gelten lasse. Aber er mache darauf aufmerksam, daß die Wurzel der Agitation „hier im Lande" zu suchen sei. So manche ungarfeindliche Artikel verrathen in ihrer Stilisirung den „hiesigen" Verfasser. Redner hält die gegenwärtig in Deutschland herrschende Bewegung gegen Ungarn für gefährlicher, als man in Oesterreich die Irredenta-Bewegung hält. Bemerkenswerth sei, daß die im Auslande erscheinenden Flugschriften und Artikel, wenn dieselben auch von fremden Verfassern herrühren, sich zumeist auf inländische Quellen (sic!) berufen. Gegen solche verlange er die Anwendung von energischen Maßregeln. Nach einer Replik des Minister-Präsidenten Tisza, in welcher er dem Redner empfiehlt, daß er seine Verbindungen mit dem Auslande dazu benützen möge, jene „lügenhaften" Mittheilungen über Ungarn nicht blos hier, wo dieselben ohnedies zur Genüge bekannt sind, sondern auch auswärts durch Darlegung der Thatsachen zu widerlegen, wurde die Antwort vom Hause zur „Kenntniß" genommen.

Wie man der „Nat.-Ztg." schreibt, wird der „Deutsche Schulverein", welcher sich zum Schutze der unterdrückten deutschen Schulen Ungarns, namentlich Siebenbürgens, gebildet hat und eine erhebliche Anzahl deutscher Gelehrten, zum Theil von weltberühmten Namen, zu seinen Mitgliedern zählt, demnächst mit einer Erklärung hervortreten, um den Nachweis zu führen, daß die Behauptung des ungarischen Ministers Tisza, wonach die thatsächlichen Verhältnisse bezüglich der deutschen Schulen in Ungarn zu keinen Klagen Anlaß geben und die Ausführungen des deutschen Schulvereins übertrieben seien, durch die Thatsachen widerlegt werden.

Leipzig, 23. Februar 1882.

In der am 20. Februar unter dem Vorsitze des Staatsministers von Böttticher abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurde, wie heute officiell gemeldet wird, zunächst der Entwurf einer Verordnung über die Cautionen von Beamten der Militair- und Marineverwaltung den zuständigen Ausschüssen zur Vorberathung überwiesen. Mit dem auf Grund des Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 18. Juli v. J., ausgearbeiten Normal-Innungsstatut war die Versammlung einverstanden; auch ertheilte dieselbe dem von dem Herrn Reichskanzler vorgelegten Entwurfe einer Verordnung über das gewerbmäßige Verkaufen und Feilhalten von Petroleum ihre Zustimmung. Nachdem sodann die Anträge der zuständigen Ausschüsse in Betreff der Bestimmungen über die Herstellung einer allgemeinen Berufsstatistik nach dem Gesetze vom 13. Februar d. J., sowie wegen der Abänderung der Muster zu den Uebersichten über die Einnahme an Reichssteuern und Zöllen genehmigt worden waren, wurde schließlich über die Beschlüsse des Reichstags, betreffend die Verhaftung von Reichstagsabgeordneten während einer Sitzungsperiode, Beschluß gefaßt.

Der Reichstag hatte in der letzten Session anläßlich der Verhaftung des socialdemokratischen Abgeordneten Dietz in Stuttgart einen Antrag angenommen, in welchem vier Puncte dem Reichskanzler zur Berücksichtigung anempfohlen wurden. Die ersten zwei Puncte betrafen die Entlassung des Abgeordneten Dietz aus der Haft; nach dem dritten sollten dem Reichstage nähere Mittheilungen über die Gründe der Verhaftung des Abgeordneten Dietz gemacht werden, und im vierten Puncte wurde der Reichskanzler ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß bei jeder Verhaftung eines Reichstags-Abgeordneten sofort dem Reichstage Mittheilung zu machen sei. Der Bundesrath beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit diesem Antrage und beschloß, wie die „Pos. Ztg." erfährt, die ersten beiden Puncte durch die erfolgte Entlassung des Abgeordneten Dietz aus der Haft für erledigt zu erklären, der dritte Punct, dem Reichstage nähere Mittheilungen zu machen, wurde abgelehnt, dagegen der vierte Punct vom Bundesrathe angenommen.

Vom Marineministerium in Berlin sind jetzt die Hauptbestimmungen über die Thätigkeit der deutschen Kriegsflotte im Jahre 1882, wenn nicht außergewöhnliche politische Ereignisse eine Abänderung herbeiführen sollten, festgestellt worden. Danach soll Anfangs Mai wiederum ein Geschwader von Panzerschiffen, bestehend aus den vier großen Panzerfregatten „Preußen", „Friedrich der Große", „Kronprinz" und „Friedrich Karl" (Admiralschiff) und dem Avisodampfer „Grille", zu fünfmonatlichen Uebungsfahrten in der Ost- und Nordsee formirt werden. Den den größeren Torpedo-Dampfern sollen mitunter einige zu diesem Geschwader commandirt werden, um gemeinsame Uebungen damit zu machen. Zum Commandeur des Geschwaders ist abermals der Contre-Admiral v. Wickede, der schon im vorigen Herbste die neuen sehr ausgedehnten Seemanöver vor Sr. Maj. dem Kaiser mit so rühmlichem Erfolge commandirte, bestimmt worden. Auf der ostasiatischen Station und in den chinesischen und japanischen Gewässern werden unter dem Commando des Capitains zur See Le Mauc stationirt: die gedeckte Corvette „Stosch" mit 16 Geschützen und 379 Mann Besatzung, „Hertha" mit 19 Geschützen und 373 Mann, „Elisabeth" mit 19 Geschützen und 373 Mann, und die Kanonenboote erster Klasse „Wolf" und „Iltis" mit je 4 Geschützen und 77 Mann Besatzung; auf der australischen Station die Glattdeckscorvette „Carola" mit 10 Geschützen und 217 Mann und die Kanonenboote erster Klasse „Möve" und „Habicht" mit je 5 Geschützen und 120 Mann; auf der westindischen Station die Glattdeckscorvette „Louise" mit 8 Geschützen und 119 Mann; an der Westküste von Südamerika die gedeckte Corvette „Moltke" mit 16 Geschützen und 379 Mann; im Mittelmeer der Avisodampfer „Loreley" mit 3 Geschützen und 57 Mann. Außerdem kreuzen noch die Uebungs- und Schulschiffe „Mars", „Niobe", „Nymphe", „Nixe" und „Musquite" in den europäischen Gewässern und Kanonenboote in der Ost- und Nordsee.

In einer der letzten Sitzungen der Zweiten Kammer des Großherzogthums Hessen kam bei der Etatsberathung die Stellung der amtlichen Kreisblätter zu den Wahlen und das Eingreifen von Beamten in die Wahlagitation durch eine Interpellation zur Sprache. Staatsminister v. Starck erklärte, daß den Kreisblättern die Besprechung von politischen und insbesondere von Wahlangelegenheiten nicht untersagt werden könne, sofern sie sich dabei in den Grenzen des Anstandes hielten; brächten sie Artikel, die den Anstand verletzten, so dürfe solche „Contrebande nicht durch die Maske des Kreisblatts gedeckt" werden, in einem einzelnen Falle (bei dem Bingen Kreisblatte) sei remeditirendes gehandelt worden. In Bezug auf die Beeinflussung der Wahlen durch Beamte habe die Regierung nur von einem einzigen Falle einer solchen Thätigkeit Kenntniß erhalten und diese sofort verboten, welchem Verbote auch Folge geleistet worden sei; die Regierung habe stets den Grundsatz befolgt, eine agitatorische Thätigkeit durch Beamte für unzulässig zu halten.

An leitender Stelle bringt die „Nordd. Allg. Ztg." die folgende Auslassung:

Die Presse hat den Pronunciamentos des Generals Skobeleff eine Aufmerksamkeit zugewandt, welche über die politische Tragweite dieser exaltirten Leistungen weit hinausgeht. Die Privatansichten tapferer Feldherren über europäische Politik interessiren uns ebenso wenig wie die Ansichten geschickter Diplomaten über Tornister und Packen der Cavallerie oder über Kolben und Patronentaschen. Der General Skobeleff ist ein tapferer Haudegen und hat diese Eigenschaft an der Spitze einer Truppe, in welcher jeder Soldat ebenso tapfer wie sein General war, bethätigen können. Dies ist aber kein Grund, um seinen politischen Ansichten mehr Gewicht beizulegen als denen jedes anderen tapferen Offiziers. Der politische Inhalt seiner Reden ist deshalb für uns kein Gegenstand ernstlicher Behandlung. Was dagegen die militairische Seite derselben und ihre symptomatische Bedeutung für die Zustände der russischen Armee betrifft, so wollen wir diese erst besprechen, wenn uns das Urtheil russischer bürgerlicher und militairischer Kreise über das Verhalten des Generals und über die Tragweite und die Adresse seines Pronunciamento bekannt sein wird.

Die russischen bürgerlichen und militairischen Kreise werden der Aufforderung, sich über das Verhalten Skobeleff's auszusprechen, um so sicherer nicht entziehen können, als nichts beredter sein würde — als ihr Schweigen. Die russischen Zeitungen erwähnen des Skobeleff'schen Zwischenfalles nur oberflächlich. Indessen ist der Held aller dieser Begebenheiten — miles gloriosus — nach den aus Paris einlaufenden Mittheilungen von dort verschwunden. — Das „Journal de St. Pétersbourg" reproducirt die bekannte Rede des „Regierungsanzeigers" über die Rede des Generals Skobeleff's ohne weiteren Commentar. — Die deutsche „St. Petersburger Zeitung" wünscht, daß regierungsseitig eine Weiterbegung der Aeußerungen des Generals erfolge, will nicht glauben, daß er eine solche Rede gehalten habe, meint, dieselbe sei das Product eines exaltirten Journalisten, da es unbenkbar sei, daß ein activer Generaladjutant solche Reden geführt haben könne. — Der „Herold" druckt die Rede Skobeleff's im Wortlaut ab und glaubt, diese Rede bedürfe keines Commentars, denn sie stelle die ganze greifbare Verworrenheit des Generals in ihrer ganzen ärmlichen Blöße in traurigster Weise dar. — Die „Neue Zeit" bedauert, wenn Skobeleff wegen seiner Rede für Rußland als General verloren gehen sollte.

Der Pariser Berichterstatter der „Daily News" hat, gleich dem Berichterstatter der „Köln. Ztg.", eine Unterredung mit dem General Skobeleff gehabt. Skobeleff bezeichnete auch ihm gegenüber die ihm in den Mund gelegten Worte an die serbischen Studenten für sehr übertrieben. „Das freut mich," antwortete ihm der Berichterstatter, „denn sonst wäre es die Pflicht des Herrn v Freycinet gewesen, Sie zu Herrn Lawrow zu schicken." „Unmöglich!" meinte Skobeleff. „Doch," entgegnete der Berichterstatter; „ich selbst bin verpflichtet gegen alle Ausweisungen, aber hätten Sie so gesprochen, wie man gesagt, so wäre Ihre Ausweisung nur logisch gewesen." „Ich kann nur wiederholen," sagte Skobeleff, „daß die französischen Journalisten in einer schrecklichen und lächerlichen Weise meine Worte übertrieben haben. Ich komme nicht, einen Sturm zu erregen, sondern ihn zu entbinden, und das ist nur durch Offenherzigkeit möglich. Wenn ich feststelle, daß eine unliebsame Thatsache besteht, so bin ich für deren Dasein nicht verantwortlich. Diese Thatsache ist, daß ein großer Krieg unvermeidlich ist, wenn die Oesterreicher mit der Unterdrückung Bosniens und der Herzegowina fortfahren. Ich hasse den Krieg. Auf Ehre und Gewissen, ich verabscheue ihn. Ich schwöre es Ihnen bei Gott. Ich sah 21,000 Mann unter mir in einem Feldzuge getödtet und habe alles, was haßenswerth und grausam im Soldatenberufe ist, empfunden. Mein Ziel ist daher, durch die Wahrheit Das zu erreichen, was mein Volk durch Krieg erreichen will. Wenn Diplomaten ihre Augen vor Thatsachen schließen, so läßt sich durch diplomatisches Stillschweigen nichts erlangen. Die beiden größten Meister der Diplomatie waren Cromwell und Bismarck, und sie schwatzten beide mit der Offenherzigkeit von Geschäftsleuten, die wissen, was sie wollen, und sahen, wie sie es bekamen." Die übrigen Ergebnisse des Interviews sind weniger interessant, da sie nur eine Wiederholung der alten Phrasen bringen. „Was wünscht denn Rußland?" „Nichts für sich selbst", antwortete Skobeleff. „Wir sind ein Volk von Idealisten. Wir sind großer Begeisterung fähig und lieben die Hingebung. Und was sehen wir? Unsere Brüder tyrannisirt durch Oesterreich" ꝛc. Man hat keine Ursache, auf diese Albernheiten zurückzukommen. Der Berichterstatter der „Daily News" ist allerdings von dem russischen General so eingenommen, daß er ihn den „Gottfried von Bouillon" der Slaven nennt.

Aus Warschau wird dem 20. d. berichtet: Im hiesigen „Russki Klub", dessen Mitglieder russische Edelleute, Gutsbesitzer, Officiere und höhere Beamte, ist Skobeleff's jüngste Rede an die serbischen Studenten in Paris überaus beifällig aufgenommen worden. In den Clubräumen ward eine glänzende Abendtafel veranstaltet, bei der Toaste auf den Zar, den „Befreier der slavischen Welt", auf Rußland und Skobeleff, den „tapfersten seiner Söhne", ausgebracht wurden.

Der officielle Bericht des englischen Consuls Stanley über die russischen Judenverfolgungen giebt zu, daß die russischen Behörden während des Ausbruches der Judenhetzen gewöhnlich höchst apathisch waren und, ihre Pflichten vernachlässigend, dem Pöbel erlaubten, die Juden zu plündern und zu mißhandeln. Diese erlitten Verluste an Eigenthum und können noch jetzt mit Grund ähnliche Gräuel befürchten.

Der vor einigen Tagen in Wien angekommene russische Gesandte am rumänischen Hofe, Fürst Urussow, hat sich auf einige Tage nach Graz und der Südsteiermark begeben, von wo er wieder auf seinen Posten nach Bukarest zurückkehren wird. — Auch der russische Minister-Resident in Karlsruhe, v. Koloschyn, ist, von Petersburg kommend, in Wien eingetroffen. — Aus Triest wird endlich gemeldet, daß dort die Fürstin-Wittwe Darinka von Montenegro in Begleitung ihrer Tochter, des Adjutanten Plamenaz und mit Gefolge aus Cettinje angekommen, und nach kurzem Aufenthalt ihre Reise nach Italien fortgesetzt habe. Man erfährt also, in der „slavischen Welt" herrscht gegenwärtig große — „Reiselust".

In der jüngsten Sitzung der Unterrichts-Commission des österreichischen Herrenhauses wurde die Berathung über die Schulgesetz-Novelle begonnen. Man kam indessen nicht über die Anfangsparagraphen hinaus. Es wurden einige Veränderungen vorgenommen und der Beschluß gefaßt, bezüglich des Regierungsvorschlages, der im Gesetze die Fassung „religiös-sittlich" beantragt, an der bisherigen Fassung „sittlich-religiös" festzuhalten! — Der jüngsten Sitzung des Strafgesetzausschusses, welcher über die Regierungsvorlage hinsichtlich der Einführung von Ausnahmsgerichten in Dalmatien verhandelte, wohnte der Justizminister Prazak und der Landesvertheidigungsminister General v. Weiserscheimb bei, die den Verhandlungen mit großer Aufmerksamkeit folgten. Referent Lienbacher berichtete über die Regierungsvorlage. In der Special-Debatte ward das Gesetz nach einigen Veränderungen angenommen, die wesentlich folgende sind: In § 1 wurden in